

unangefochtenen großen Rufes in der internationalen Wissenschaft stets ihr besonderes Interesse zum Ausdruck gebracht. Die Dienststelle hat sich demgegenüber weitestgehend den Grundsatz der Selbsthilfe zu eigen gemacht, dessen Mißachtung den Deutschen gerade von den Besatzungsmächten so vielfach tadelnd zum Vorwurf gemacht wird.

Sie stand als Unternehmen des Reiches nach dessen Zusammenbruch in dem Bestreben, ihre Existenz zu sichern und ihre Arbeit wenigstens im zeitbedingt verkleinertem Umfang durchzuführen, vor folgenden organisatorischen Aufgaben: 1. Sicherung: a) einer irgendwie gearteten, wenigstens vorläufigen Anlehnung an eine staatliche Gewalt und dadurch b) der erforderlichen Haushaltsmittel für eine natürlich auf äußerste Sparsamkeit abgestellte Wirtschaftsführung. 2. Allmähliche Umwandlung ihrer Arbeitsstätte in Pommersfelden aus einem für verhältnismäßig kurze Zeit geplanten Notquartier in eine zu Friedens- und Wiederaufbauarbeit geeignete Heimstätte. Dabei stellte sich alsbald als besonders dringlich heraus, die Bibliothek als eine der wenigen vorläufig intakten Spezial-Werkstätten unserer Disziplin durch entsprechende Maßnahmen auch für einen ununterbrochenen Zustrom von Gästen aus der Fachwelt zu kürzerem oder längerem Arbeitsaufenthalt zugänglich zu machen.

Auf dem Weg zum erstgenannten Ziel trat der Präsident noch vor seiner Verhaftung alsbald nach der Kapitulation mit der einzigen staatlichen Instanz in Verbindung, die bereits wieder vorhanden war, mit dem Landrat des zuständigen Kreises Höchstadt a. Aisch. Dieser übernahm zunächst die Bevorschussung der Haushaltsmittel und stellte Ende Juli 1945 die Verbindung zur Regierung von Ober- und Mittelfranken in Ansbach her. Auf gründliche Information hin nahm diese im Einverständnis mit der bayerischen Staatsregierung namens derselben die Dienststelle im August 1945 in vorläufige Treuhänderschaft, überließ aber auch weiterhin die Finanzierung dem nachgeordneten Landrat in Höchstadt a. Aisch, wobei es bis zum 31. 3. 1947 blieb.

In den folgenden Monaten traten der Dienststelle hilfreich die Bayerische Archivverwaltung, die Bayerische Akademie der Wissenschaften und die Universität Erlangen mit Vorschlägen zur künftigen Organisation zur Seite, die sie auch bei der Bayerischen Staatsregierung vertraten. Sie waren z. T. widersprechender Natur: schlugen erstere eine mehr oder weniger baldige Verlegung nach München, einen räumlichen Zusammenschluß mit dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv oder eine mehr oder minder enge Verbindung mit der Akademie und ihren Unternehmungen vor, so trat letztere, dabei stark unterstützt von der Regierung in Ansbach und in einem späteren Stadium auch im Einvernehmen mit dem Kreise der „Gesellschaft für fränkische Geschichte“, für ihr Verbleiben in Franken, näherhin für ihre Verlegung nach Erlangen ein, wobei allerdings nicht an eine Unterstellung unter die dortige Universität gedacht wurde.

Die Dienststelle ihrerseits vertrat dazu nach allen Seiten unbeirrbar — allen Mißverständnissen gegenüber sei dies hier nochmals ausdrücklich festgestellt — folgenden Standpunkt: 1. Die Basis aller Neuorganisation